



über die 1. Sitzung
des Haupt- und Finanzausschusses
am Donnerstag, dem 11. November 2004
im Sitzungssaal II des Rathauses

Beginn: 16:00 Uhr
Ende: 16:50 Uhr

Anwesend

Ratsmitglieder SPD

Herr Biedermann
Frau Ciecior
Frau Dreher
Herr Drescher
Frau Dyduch
Herr Krause
Herr Lipinski
Frau Mann
Herr Stahlhut
Herr Wiedemann

Ratsmitglieder CDU

Herr Eisenhardt
Herr Hasler
Frau Scharrenbach
Herr Schneider
Herr Weber

Ratsmitglieder Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Herr Kühnapfel

Ratsmitglieder

Herr Grosch

Beratendes Mitglied FDP

Herr Bremmer

Beratendes Mitglied BG

Herr Kloß

Ortsvorsteher

Herr Baumann
Herr Henning
Herr Kersten

Verwaltung

Herr Baudrexl
Herr Brüggemann
Herr Dornblüth
Herr Fleißig
Herr Hupe
Herr Lantin
Frau Schwenzner
Herr Sostmann
Herr Tost

entschuldigt fehlten

Herr Kissing
Herr Weigel

Herr Bürgermeister **Hupe** begrüßte die Anwesenden, stellte die ordnungsgemäße und fristgerechte Zustellung der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest und eröffnete die Sitzung.

Sodann verpflichtete Herr Hupe Herrn Grosch, seine Aufgaben nach bestem Können und Wissen wahrzunehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze zu beachten und seine Pflichten zum Wohle der Gemeinde zu erfüllen.

Gegen den Antrag der Verwaltung, die Tagesordnung um die Tagesordnungspunkte A. 9.7 und A. 9.8 zu erweitern, wurden keine Bedenken erhoben.

Die Tagesordnungspunkte A. 2 bis A. 6 sowie A. 8 bis A. 9.8 wurden einvernehmlich ohne Beratung und Beschlussempfehlung an den Rat verwiesen.

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1.	Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden des Haupt- und Finanzausschusses	227/2004
2.	Überführung des Städtischen Hellmig-Krankenhauses in eine GmbH	234/2004
3.	Jahresabschluss der Städt. Sparkasse Kamen zum 31.12.2003	155/2004
4.	Entlastung der Organe der Städt. Sparkasse Kamen für das Geschäftsjahr 2003	156/2004
5.	Jahresabschluss der Kamener Betriebsführungsgesellschaft mbH zum 31.12.2003	233/2004
6.	Entlastung des Aufsichtsrates und der Geschäftsführung der Kamener Betriebsführungsgesellschaft mbH für das Geschäftsjahr 2003	232/2004
7.	Mitteilung der Verwaltung über die Betriebsergebnisse des Jahres 2003 der gebührenfinanzierten Kommunaleinrichtungen	212/2004
8.	Über- und außerplanmäßige Ausgaben im I. bis III. Quartal 2004	228/2004

9.	Genehmigung von überplanmäßigen Ausgaben	
9. 1	Überplanmäßige Ausgabe bei der HhSt. 631.96840 (Größere Instandsetzung an Brücken und Durchlässen) hier: Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung sowie einer weiteren überplanmäßigen Ausgabe	160/2004
9. 2	Überplanmäßige Ausgabe bei HHSt. 880.94130 "Untersuchung auf Schadstoffe in öffentlichen Gebäuden" hier: Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung	147/2004
9. 3	Fonds Deutsche Einheit -Anteil Erhöhung Gewerbesteuerumlage- hier: Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe	222/2004
9. 4	Überplanmäßige Ausgabe bei HHSt. 680.95050 "Erneuerungsarbeiten am Parkhaus Koepeplatz"	149/2004
9. 5	Überplanmäßige Ausgabe bei der HHSt. 631.98000 - Rückzahlung von überzahlten Zuwendungen bei der Maßnahme P+R-/B+R-Anlage am Bahnhof Methler -	236/2004
9. 6	Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe bei der HHSt. 817.98500	221/2004
9. 7	Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe bei der HhSt. 200.94000 "Umbau und Sanierung der Sporthallen" hier: Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung	238/2004
9. 8	Sanierung der Abwasserleitungen im Rathaus hier: Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung	240/2004
10.	Genehmigung einer Dienstreise nach Montreuil-Juigné/Frankreich hier: Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung	153/2004
11.	Bürgeranregung der Junge Union Deutschlands auf Sanierung der vorhandenen Straßenpapierkörbe und Anbringung von Aschenbechern in der Fußgängerzone der Innenstadt	229/2004
12.	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.

227/2004

Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden des Haupt- und Finanzausschusses

Frau **Dyduch** schlug für die Wahl zum 1. stellv. Vorsitzenden Herrn Günter Stahlhut vor. Seitens der CDU-Fraktion schlug Herr **Hasler** Herrn Heinrich Kissing als 2. stellv. Vorsitzenden vor.

Gegen die Abstimmung in einem Block ergaben sich keine Bedenken.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss wählt zu seinen stellvertretenden Vorsitzenden:

1. stellv. Vorsitzender	Herr Günter Stahlhut
2. stellv. Vorsitzender	Herr Heinrich Kissing

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 2.

234/2004

Überführung des Städtischen Hellmig-Krankenhauses in eine GmbH

Der Tagesordnungspunkt wurde ohne Beratung und Beschlussempfehlung an den Rat verwiesen.

Zu TOP 3.

155/2004

Jahresabschluss der Städt. Sparkasse Kamen zum 31.12.2003

Der Tagesordnungspunkt wurde ohne Beratung und Beschlussempfehlung an den Rat verwiesen.

Zu TOP 4.

156/2004

Entlastung der Organe der Städt. Sparkasse Kamen für das Geschäftsjahr 2003

Der Tagesordnungspunkt wurde ohne Beratung und Beschlussempfehlung an den Rat verwiesen.

Zu TOP 5.

233/2004 Jahresabschluss der Kamener Betriebsführungsgesellschaft mbH zum 31.12.2003

Der Tagesordnungspunkt wurde ohne Beratung und Beschlussempfehlung an den Rat verwiesen.

Zu TOP 6.

232/2004 Entlastung des Aufsichtsrates und der Geschäftsführung der Kamener Betriebsführungsgesellschaft mbH für das Geschäftsjahr 2003

Der Tagesordnungspunkt wurde ohne Beratung und Beschlussempfehlung an den Rat verwiesen.

Zu TOP 7.

212/2004 Mitteilung der Verwaltung über die Betriebsergebnisse des Jahres 2003 der gebührenfinanzierten Kommunaleinrichtungen

Herr **Hasler** bedankte sich für die ausführliche Mitteilungsvorlage. Die Information sei auch insofern von besonderem Interesse, als die Betriebsergebnisse des Jahres 2003 gleichzeitig den Einstieg in die Gebührekalkulation 2005 bedeuten. Die Ergebnisse in den Bereichen Abfallbeseitigung und Rettungsdienst seien gut und absolut vertretbar. Nachfragen, so Herr Hasler weiter, habe er zu den Bereichen Straßenreinigung und Märkte sowie zum Bestattungswesen. Hinsichtlich des Betriebsergebnisses für die Märkte stelle sich die Frage nach der Ursache für die Verbesserung, z.B. größere Akzeptanz des Alten Marktes, höherer Kostendeckungsgrad. Zudem verwundere, warum die Reinigungskosten nicht bereits in der Vergangenheit in den Gebührenhaushalt für die Straßenreinigung eingerechnet worden seien. Außerdem müsse sich der langfristige Ausfall des defekten Laubsaugers auswirken.

Im Bereich des Bestattungswesens stelle sich die Frage, wie auf Dauer das Problem der Unterdeckung gelöst werden könne. Diese Thematik einschl. des Themas öffentliches Grün werde als eigener Beratungsgegenstand zu behandeln sein. Herr Hasler bat um Erläuterung, was unter dem erstmaligen Ansatz von Sachkosten für Arbeiter mit wechselnden Einsatzstellen zu verstehen sei. Die Personalkosten für rd. 7 Mitarbeiter seien im Verhältnis zu der Anzahl der Bestattungen sehr hoch.

Frau **Dyduch** bewertete die Betriebsergebnisse in der Summe aller Gebührenhaushalte als vertretbar. Das zeige auch eine gute Kalkulation der Gebühren. Die Problematik im Bereich des Bestattungswesens sei bekannt. Bestimmte Faktoren seien nicht beeinflussbar und nicht zuletzt auch auf das Umdenken in der Gesellschaft zurückzuführen. Frau Dyduch stimmte mit Herrn Hasler überein, dass der Bereich des Bestattungswesens in einzelnen Punkten noch weitere Diskussionen erfordern werde. Ein weiteres Thema sei die Abfallbeseitigung, für die eine interkommunale Lösung erarbeitet werde.

Herr **Baudrexl** machte deutlich, dass die detaillierte Diskussion im Rahmen der Gebührenhaushalte geführt werden sollte, da zu diesem Zeitpunkt auch differenzierte Unterlagen vorlägen. Die Gebührenproblematik im Bereich des Bestattungswesens sei unter anderem darauf zurückzuführen, dass bestimmte Bestattungsarten weniger nachgefragt würden und die Gesamtzahl der Bestattungen rückläufig sei. Kosten für das öffentliche Grün seien nicht eingerechnet. Der Ansatz von Sachkosten für Arbeiter mit wechselnden Einsatzstellen sei erstmalig aufgenommen worden und gehe zurück auf eine Beanstandung durch das Rechnungsprüfungsamt.

Die Verlagerung der Reinigungskosten, so Herr Baudrexl weiter, werde in den Arbeitspapieren zu den Gebührenhaushalten erläutert. Der Gebührenhaushalt "Märkte" sei bisher durch die Straßenreinigung unangemessen hoch belastet worden.

Herr **Sostmann** zeigte sich erfreut darüber, dass das Leben auf dem Alten Markt seit ca. 6 Monaten lebhafter geworden sei. Wie sich die Situation weiter entwickle, hänge aber auch von den Marktbesckickern selbst und der Kundennachfrage ab. Im Rahmen einer Projektarbeit zum Thema "Attraktivierung des Wochenmarktes in Kamen" führten im Auftrag der Stadt 10 Studierende der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung in Dortmund in den nächsten Tagen eine Befragung der Wochenmarkthändler und -kunden durch. Es sei auch beabsichtigt, die Besucher der Innenstadt in diese Untersuchung einzubeziehen. Dieser Personenkreis solle an den Samstagen interviewt werden. Nach Abschluss werde die Projektarbeit der Stadt zur Verfügung gestellt.

Zu TOP 8.

228/2004 Über- und außerplanmäßige Ausgaben im I. bis III. Quartal 2004

Die Mitteilungsvorlage wurde ohne Beratung an den Rat verwiesen.

Zu TOP 9.

Genehmigung von überplanmäßigen Ausgaben

Zu TOP 9.1

160/2004 Überplanmäßige Ausgabe bei der HhSt. 631.96840 (Größere Instandsetzung an Brücken und Durchlässen)
hier: Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung sowie einer weiteren überplanmäßigen Ausgabe

Der Tagesordnungspunkt wurde ohne Beratung und Beschlussempfehlung an den Rat verwiesen.

Zu TOP 9.2

147/2004 Überplanmäßige Ausgabe bei HHSt. 880.94130 "Untersuchung auf Schadstoffe in öffentlichen Gebäuden"
hier: Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung

Der Tagesordnungspunkt wurde ohne Beratung und Beschluss-empfehlung an den Rat verwiesen.

Zu TOP 9.3

222/2004 Fonds Deutsche Einheit - Anteil Erhöhung Gewerbesteuerumlage - hier: Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe

Der Tagesordnungspunkt wurde ohne Beratung und Beschluss-empfehlung an den Rat verwiesen.

Zu TOP 9.4

149/2004 Überplanmäßige Ausgabe bei HHSt. 680.95050 "Erneuerungsarbeiten am Parkhaus Koepeplatz"

Der Tagesordnungspunkt wurde ohne Beratung und Beschluss-empfehlung an den Rat verwiesen.

Zu TOP 9.5

236/2004 Überplanmäßige Ausgabe bei der HHSt. 631.98000
- Rückzahlung von überzahlten Zuwendungen bei der Maßnahme P+R-/B+R-Anlage am Bahnhof Methler -

Der Tagesordnungspunkt wurde ohne Beratung und Beschluss-empfehlung an den Rat verwiesen.

Zu TOP 9.6

221/2004 Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe bei der HHSt. 817.98500

Der Tagesordnungspunkt wurde ohne Beratung und Beschluss-empfehlung an den Rat verwiesen.

Zu TOP 9.7

238/2004 Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe bei der HhSt. 200.94000
"Umbau und Sanierung der Sporthallen"
hier: Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung

Der Tagesordnungspunkt wurde ohne Beratung und Beschluss-empfehlung an den Rat verwiesen.

Zu TOP 9.8

240/2004

Sanierung der Abwasserleitungen im Rathaus
hier: Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe
Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung

Der Tagesordnungspunkt wurde ohne Beratung und Beschluss-
empfehlung an den Rat verwiesen.

Zu TOP 10.

153/2004

Genehmigung einer Dienstreise nach Montreuil-Juigné/Frankreich
hier: Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung

Beschluss:

Die nachfolgende, gem. § 60 Abs. 2 Satz 1 GO NRW getroffene Dringlich-
keitsentscheidung wird gem. § 60 Abs. 2 Satz 2 GO NRW genehmigt:

Die Dienstreise einer Abordnung von ordentlichen Mitgliedern des
Partnerschaftsausschusses der Stadt Kamen vom 30.09. bis 03.10.2004
nach Montreuil-Juigné/Frankreich wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 11.

229/2004

Bürgeranregung der Junge Union Deutschlands auf Sanierung der
vorhandenen Straßenpapierkörbe und Anbringung von Aschenbechern in
der Fußgängerzone der Innenstadt

Herr **Hasler** sagte, dass die CDU-Fraktion dem Beschlussvorschlag
zustimmen könne, wenn der 2. Absatz des Beschlussvorschlages ergänzt
würde um

“In diesem Zusammenhang ist zu prüfen, inwieweit die Anregung der
Junge Union Deutschlands, die Papierkörbe mit Aschenbechern zu
versehen, umgesetzt werden kann.“

Der vorgeschlagene Beschluss der Verwaltung sei sachlogisch nachvoll-
ziehbar, stellte Frau **Dyduch** fest, da eine Sanierung zum jetzigen Zeit-
punkt unsinnig sei. Für ihre Fraktion sei selbstverständlich, dass zu ge-
gebener Zeit auch neue Papierkörbe installiert würden und in diesem
Zusammenhang ohnehin über eine optimale Ausstattung zu entscheiden
sei. Die Ergänzung des Beschlussvorschlages werde daher als über-
flüssig angesehen.

Die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN habe große Probleme mit der
Anbringung von Aschenbechern, betonte Herr **Kühnapfel**, da eine solche
Ausstattung auch als Werbemaßnahme für Rauchen in der Öffentlichkeit
missverstanden werden könne. Die Anbringung von Aschenbechern sei

kontraproduktiv im Sinne von Gesundheitsfürsorge und gebe den Jugendlichen ein falsches Bild. Es bestünden andere Möglichkeiten, für eine Entsorgung der Zigarettenkippen selbst zu sorgen.

Auf die erneute Bitte von Herrn **Hasler**, dass die CDU-Fraktion lediglich einen Prüfauftrag beschließen wolle, stimmte Frau Dyduch seitens der SPD-Fraktion der Ergänzung des Beschlussvorschlages zu.

Herr **Huße** unterstrich, dass der Beschlussvorschlag nur die gegenwärtige Ablehnung vorsehe. Über die Möblierung der Innenstadt werde ohnehin in den parlamentarischen Gremien zu entscheiden sein.

Sodann erfolgte die Abstimmung über den ergänzten Beschlussvorschlag.

Beschluss:

Die Bürgeranregung der Junge Union Deutschlands – Stadtverband Kamen –, in den Fußgängerzonen der Kamener Innenstadt die alten Straßenpapierkörbe zu sanieren und gleichzeitig an den Straßenpapierkörben Aschenbecher anzubringen, wird zum gegenwärtigen Zeitpunkt abgelehnt.

Die Erneuerung der Straßenpapierkörbe ist bereits Bestandteil der „Wohnumfeldverbesserung nördlicher Stadtkern“. In diesem Zusammenhang ist zu prüfen, inwieweit die Anregung der Junge Union Deutschlands, die Papierkörbe mit Aschenbechern zu versehen, umgesetzt werden kann.

Abstimmungsergebnis: bei 1 Gegenstimme mit Mehrheit angenommen

Zu TOP 12.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Mitteilungen

Mitteilungen der Verwaltung lagen nicht vor.

Anfragen

1. Herr **Lipinski** bat um Mitteilung des Sachstandes zum Baubeginn der Maßnahme „Werder Mark“.

Herr **Brüggemann** berichtete, dass die Baumaßnahmen ausgeschrieben seien. Die Submission sei auf Ende November terminiert. Witterungsabhängig solle der Baubeginn dann Anfang 2005 erfolgen.

2. Bezogen auf eine Presseveröffentlichung des Vortages stellte Herr **Bremmer** richtig, dass er seitens der Presse hinsichtlich des Sachverständes von Aufsichtsräten falsch zitiert worden sei. Er habe sich

nicht so geäußert, als ob es dem Aufsichtsrat der Kamener Betriebsführungsgesellschaft an Sachverstand mangle. Im Gegenteil habe er sich positiv geäußert.

Herr **Hupe** dankte für die Klarstellung und sah es als Selbstverständnis an, den Sachverstand von Ratsmitgliedern, die vom Rat in Gremien gewählt und dort den Willen des Rates umzusetzen haben, nicht in Zweifel zu ziehen.

Weitere Anfragen wurden nicht gestellt.

gez. Hupe
Bürgermeister

gez. Lantin
Schriftführer